



STEPHANIE KEITH / WPIN

Gläubige auf der Muslim Day Parade in New York: Ausspioniert und bespitzelt

SERIE

# Der Terrorist von nebenan

Zehn Jahre nach den Anschlägen des 11. September sind Amerikas Muslime zu inneren Feinden erklärt, die es mit allen Mitteln zu bekämpfen gilt. *Von Ullrich Fichtner*

**11. SEPTEMBER**  
2001 2011

Brigitte Gabriel empfängt auch an heißen Sommertagen in Virginia in einem Aufzug wie für die Oper, sie trägt die Haare toupiert, an Hals und Armen üppigen Perlenschmuck, an den Füßen Sandalen besetzt mit Strass, es ist ihre Uniform im Krieg gegen die Barbaren des radikalen Islam. Dreimal schon, sagt sie, war sie Gegenstand von Erklärungen der Qaida, und dass ihr Name auf diversen Todeslisten steht, ist wahrscheinlich. Denn Brigitte Gabriel, eingewandert einst aus dem Libanon, ist Amerikas Sirene in Sachen Islamophobie, und ihre Reden sind eine mögliche Antwort auf die Frage, wie sich das Land seit den Anschlägen des 11. September verändert haben mag.

Brigitte Gabriels Position ist, zusammengefasst, diese: Die Vereinigten Staaten sind krebserkrank im Endstadium, versucht von wuchernden islamistischen Zellen, die das Land, seine Freiheit, seine

Verfassung, von innen heraus zerfressen. „Unser Feind“, schreibt Brigitte Gabriel, „ist nicht irgendeine Organisation in Übersee, die Angriffe gegen uns plant. Unsere Feinde sind die Nachbarn von nebenan, die Ärzte in unseren Hospitälern, die Arbeiter, mit denen wir die Mittagspause verbringen. Unsere Feinde sind Terroristen, die sich trügerisch verkleiden und im Geheimen agieren und die uns auslachen für unsere Political Correctness.“

Von Brigitte Gabriels erstem Buch, in dem diese Sätze stehen, wurden 300 000 Exemplare ausgeliefert, Fernsehstationen haben reichlich Sendeplatz für sie und ihre Thesen freigeräumt. Sie durfte Vorträge halten vor Ausschüssen des Senats, beim FBI, beim Oberkommando der Spezialkräfte, an Offiziersschulen, vor der Republikanischen Partei, vor der Tea Party, auf christlichen Kongressen. Brigitte Gabriel, sie spricht ihren Namen französisch aus, ist in der konservativen Hälfte der tief gespaltenen amerikanischen Ge-

sellschaft ein Idol. In der anderen ist sie eine Hassfigur.

Auge in Auge wirkt sie viel netter als die Frau, die sie im Fernsehen ist, wo sich ihre Interviews häufig anhören wie fanatisches Gebell. Das Treffen mit ihr findet statt in einem palastgroßen Haus nahe der Atlantikküste, vor dessen Fenstern sich fein gemähter Golfrasen erstreckt.

Sie sei hier zu Gast bei Freunden, sagt sie, aber es fühlt sich so an, als hätte sie in ihr eigenes Haus eingeladen. Das Wohnzimmer passt gut zu ihr, hoch wie eine Kathedrale, teuer möbliert, viel Chrom und Leder, aber die Frage, wo sie wohnt, bleibt offen. Es darf niemand wissen, wo sie sich aufhält. Al-Qaida. Todeslisten. An der Tür wacht ein Mann mit Revolver.

Um sich zu erklären, erzählt Brigitte Gabriel die Geschichte ihrer Kindheit. Es ist die Story einer christlichen Familie, die den Mahlstrom des libanesischen Bürgerkriegs überlebt, erzählt wird der Lei-



ALLAN TANNENBAUM / POLARIS / LAF

**Anti-Islam-Demonstranten in New York:** „Die Terroristen sind die Nachbarn, die Ärzte in unseren Hospitälern“

densweg einer jungen Frau, die dabei zu sehen muss, wie ihre Heimat in die Fänge muslimischer Fanatiker gerät. Es geht darum, wie aus dem Libanon, dessen Mehrheit einst christlich war, ein muslimisches Land wird. Es geht darum, dass das Gleiche mit Amerika auf keinen Fall passieren darf.

Bis zum 11. September 2001, sagt Brigitte Gabriel, sei sie eine unpolitische Frau gewesen, die das Leben genießen wollte. Die Anschläge jenes Tages aber hätten die alten Wunden wieder geöffnet. „Hier saß ich“, sagt sie, ihre Augen werden eisgrau dabei, „in Amerika, 8000 Meilen weit weg, 20 Jahre später, und ich musste meinen eigenen Kindern dieselbe Frage beantworten, die ich meinem Vater gestellt hatte: ‚Warum tun sie uns das an?‘“ Die Antwort ihres Vaters wurde, leicht abgewandelt, zum Titel ihres ersten Buchs: „Weil sie hassen“ („Because They Hate“).

Sie hat die Organisation „Act! for America“ gegründet, die erst „Amerikanischer Rat für Wahrheit“ hieß und heute, sagt sie, schon 170 000 Mitglieder hat im Land, „wir sind die größte Graswurzelbewegung für die nationale Sicherheit“. Den Ortsgruppen wird empfohlen, aktiv zu werden gegen politisch allzu korrekte Lehrer, übertrieben tolerante Abgeordnete und Lokalzeitungen, die „abfällige“ Leitartikel über die USA oder Israel veröffentlichen. Bei „Act!“, sagt Brigitte Gabriel, organisierten sich „Menschen, die für Amerikas Rettung kämpfen“.

An solchen Menschen mangelt es nicht. Der Republikaner Tom Tancredo aus Colorado zählt dazu, der 2008 Präsident werden wollte – unter anderem mit der Idee, künftige Terrorschläge mit der Drohung abzuwehren, im Gegenzug Mekka und Medina zu bombardieren. Saxby Chambliss zählt dazu, heute Senator, der sich dafür aussprach, jeden Muslim gleich an der Grenze seines Staates Georgia zu verhaften. Newt Gingrich ist dabei, ewiger Anwärter der Republikaner auf die Kandidatur fürs Weiße Haus, der in gezielt unglücklichen Formulierungen Islam und Nazismus gleichsetzt. Bill O’Reilly geht stets voran, Starmoderator auf Fox und erster Geiferer der amerikanischen Rechten, der im Koran nur eine andere Art von „Mein Kampf“ sehen will.

Brigitte Gabriel springt, um ihre Thesen herzuleiten, vom 7. Jahrhundert ins 21. und zurück, sie kommt von Koransuren auf Europas Verwandlung in ein „Eurabien“, von der Hisbollah zu amerikanischen Schulbüchern, von den Kreuzzügen zum Münchner Olympia-Attentat, das sie ein Jahr vorverlegt, sie hantiert mit Hitler und Chomeini, sie erklärt, warum jeder gläubige Muslim, jeder, ein potentieller Terrorist ist und wie sich alles reimt auf das große Szenario des Untergangs: Amerika ist unterwandert. Die Scharia steht vor der Tür. Die Regierung schaut weg. Die Behörden schlafen.

Das Problem ist weniger, dass an dem, was Brigitte Gabriel und ihre Jünger unters Volk bringen, wenig bis nichts wirk-

lich stimmt. Das Problem ist, dass viele Amerikaner, womöglich die Hälfte, womöglich die Mehrheit, die Welt heute ganz ähnlich sehen. Es ist eine ideologische Verblendung, wie sie gern in Ländern auftaucht, in denen Abstiegsängste umgehen und wirtschaftliche Krisen im Gange sind.

Sündenböcke werden gebraucht. Die eigene Ohnmacht muss beschworen werden, um die Aktion umso lautstärker einfordern zu können. Aber allein die Behauptung, dass die Regierung und die Behörden der USA gegenüber einer islamistischen Bedrohung heute nicht wachsam seien, ist eine groteske Falschinformation, die von Amerikas ruppigen Konservativen wohl ständig wiederholt wird; aber das Gegenteil ist wahr. Amerika läuft in diesen Jahren Gefahr, ein Überwachungsstaat zu werden.

Die „Washington Post“ hat im vergangenen Jahr in einer beeindruckenden Fleißarbeit nachgezeichnet, wie der innere und äußere Sicherheitsapparat der USA seit 9/11 um- und ausgebaut wurde. Die Zeitung berichtete, dass im vergangenen Jahrzehnt für die Zwecke des Anti-Terror-Kampfs und des Heimatschutzes 263 neue Behörden geschaffen wurden und dass heute insgesamt 1271 Regierungsorganisationen mehr oder minder direkt mit dem Schutz des Landes vor Attentaten betraut seien. Entstanden sei ein Apparat mit 10 000 Filialen im gesamten Land, der 854 000 Menschen beschäftigt und allein in Washington drei-



Muslimische „Miss USA“ Fakih: „Land der Freien und Heimat der Mutigen“

mal mehr Bürofläche belege als das Pentagon.

In New York hat sich die Polizei, in enger Zusammenarbeit mit der CIA, eine Art eigenen Geheimdienst eingerichtet, hart am Rande oder schon außerhalb des gesetzlichen Rahmens, weil dieser Dienst speziell die muslimische Bevölkerung ausspioniert. In Stadtvierteln mit vielen Muslimen wurden Spitzel platziert, einfach um die Ohren offen zu halten in Buchläden, Moscheen oder ethnischen Beauty-Salons, ohne dass irgendein Verdacht auf die Vorbereitung von Straftaten hätte bestehen müssen. Das aber heißt, dass allein der Umstand, Muslim zu sein, der New Yorker Polizei heute Anfangsverdacht genug ist. Und das hat mit dem guten alten Amerika, das sich in seiner Hymne als „Land der Freien und Heimat der Mutigen“ besingt, nicht mehr viel zu tun.

Peinlich fast wirkt es, sagen zu müssen, dass Muslime in Amerika Ärzte sind und Taxifahrer, Kellner und Mathematiker, Tänzer und Soldaten, Eisverkäufer und Lehrer, dass sie Familien gründen, samstags in den Parks beim Picknick sitzen und für ihre Kinder das Beste wollen, dass sie Fans der New York Yankees sind oder glühende Anhänger der Boston Celtics. Dass die „Miss USA“ 2010 eine Muslimin im Bikini war, Rima Fakih, ist auch ein schöner Hinweis darauf, dass die Welt ganz anders sein könnte, als Brigitte Gabriel und ihre Gesinnungsgenossen sie sich vorstellen.

Es müsste, so meint man, in einer modernen Nation auf der Hand liegen, dass

das grobe Gerede von „den“ amerikanischen Muslimen nur haltlos sein kann angesichts des komplexen gesellschaftlichen Durcheinanders eines Landes, das noch immer jedes Jahr eine Million Einwanderer aufsaugt. Und das eine lange, ganz eigene muslimische Geschichte hat, mit Malcolm X, Muhammed Ali und vielen anderen großen Amerikanern.

Muslime dürfen nun regelmäßig mit einer Sonderbehandlung an den Checkpoints der Flughäfen rechnen, und manchmal müssen sie ihre Kinder trösten, wenn diese in der Schule als Terroristen beschimpft werden. Sie schrecken auf, dünnhäutig, wenn in New York ein muslimischer Taxifahrer ermordet wird; wenn ein Plastikschwein in einer Moschee landet in Madera, Kalifornien; oder wenn in Murfreesboro, Tennessee, das Baumaterial für eine Moschee in Flammen aufgeht.

Seltsam, dass die antiislamische Stimmung, die sich nun oft wie der gesellschaftliche Mainstream anfühlt, erst mit langer Verspätung zündete. In den ersten Jahren nach den Attentaten, noch zu Amtszeiten von George W. Bush, mag es schon verbale Ausreißer gegeben haben auf dem „Markt der Meinungen“, der den Amerikanern heilig ist. Aber eine überwältigende gesellschaftliche Mehrheit mühte sich darum, Bush und die Konservativen eingeschlossen, den Kurzschluss zwischen Islam und Terror, amerikanischen Muslimen und al-Qaida zu vermeiden.

Dieser Konsens endete abrupt vor ziemlich genau einem Jahr. Und schuld

darin war nicht etwa ein neuer Terrorplot oder erfolgreicher Anschlag, sondern der Plan eines für seine Aufgeklärtheit bekannten Imams, zwei Blocks von Ground Zero entfernt ein islamisches Kultur- und Begegnungszentrum nach Vorbild des YMCA zu gründen.

Erste Berichte über „Park 51“ waren im Dezember 2009 erschienen, den konservativen Scharfmachern aber noch entgangen. Erst Monate später erkannten Figuren wie Pamela Geller („Atlas Shrugs“) oder Robert Spencer („Jihad Watch“) das Potential des Themas für ihre Blogs, auch Brigitte Gabriel erhob unweigerlich die Stimme, und es gelang ihnen, die angebliche Entweihung des Anschlagorts durch eine angebliche „Ground Zero Mosque“ auf die nationale Tagesordnung zu hieven.

Die Klickzahlen der zugehörigen Webseiten gingen damals durch die Decke, und bald fand, am 9. Jahrestag der Attentate, die erste lärmende Demonstration statt vor dem Gebäude der alten Burlington-Mantelfabrik in Manhattan Downtown, Park Place 51.

Bis heute versammeln sich Gruppen und Grüppchen ab und an vor dem Haus, und man sieht dann Schilder, auf denen steht: „Alles, was ich über den Islam wissen muss, habe ich am 11. September gelernt.“ Manchmal mischen sich Angehörige von Anschlagsoffern unter die Menge, manchmal treten Politiker aus Washington auf. Es sind Straßenfeste der patriotischen Erregung, die sich um Substanz und Wahrheit nicht weiter scheren.

Die Behauptung der islamophoben Blogger und ihrer Follower, der kämpferische Islam wolle sich an der Stätte seines größten Triumphs eine Kultstätte bauen, war von Anfang an falsch aus allen erdenklichen Gründen. Der Ideengeber, Imam Feisal Rauf, ist bekannt für seinen Willen zum interkulturellen Ausgleich, New Yorks Bürgermeister Michael Bloomberg unterstützt das Projekt, wenigstens halbherzig auch Präsident Barack Obama, und interessanterweise zeigen Umfragen, dass Manhattans Bevölkerung das Kulturzentrum mehrheitlich befürwortet.

Jenseits von East River und Hudson, und erst recht in den fernen Städten und Provinzen des großen Landes, sieht das anders aus. Dort lässt man sich einfangen von der Polemik, eine Moschee auf dem Massengrab von Ground Zero sei eine Zumutung. Im Getümmel geht unter, dass eine Moschee nie geplant war, sondern immer eine Begegnungsstätte; mit einem Gebetsraum, ja, aber muslimische Gebetsräume gab es selbst in den zerstörten Türmen des World Trade Center.

Park Place, die Straße, in der das Kulturzentrum entstehen soll, gibt Zeugnis davon, wie tolerant New York die längste Zeit war. Die zwei direkten Nachbarn des Gebäudes, das zum Zentrum werden soll und in dem Muslime schon seit gut zwei Jahren beten, sind der „Amish-Market“ an der Ecke, wo religiös gepflegtes „Gourmet-Food“ aus Pennsylvania verkauft wird, und die „Dakota Roadhouse Bar“, wo die Gäste schon am Vormittag vor großen Gläsern mit dunklem Bier sitzen.

Schräg gegenüber wird in der Straße die Eröffnung eines Anne-Frank-Zentrums vorbereitet, also braucht es wenig Phantasie, sich vorzustellen, dass sich in der Prêt-à-manger-Sandwicherie an der Ecke zur Church Street eines Tages Juden, Muslime, Amish und womöglich ein paar betrunkene Christen aus der Dakota-Bar begegnen werden. Das Leben könnte leicht sein in New York, wenn weniger Leute ihre privaten Kriege führten.

Aber die Kriege gehen weiter, und sie haben ihren Weg längst aus der virtuellen in die reale Welt gefunden. Eine der jüngsten Schlachten hat Peter King angezettelt, ein Republikaner aus New York, Vorsitzender des Washingtoner Ausschusses für Heimatschutz, als er zu einer Anhörung über die Gefahr der Radikalisierung amerikanischer Muslime lud. Das Thema allein war eine Provokation, und nur um sie ging es, denn triftige Erkenntnisse waren keine zu erwarten.

So wird das jetzt, da der Wahlkampf in den USA Fahrt aufnimmt, weitergehen. Die Rechte hat ein Thema entdeckt: Sie fragt, wie es die Muslime mit der Nation halten. Sie fragt, was der Islam in Amerika soll. Was er nicht darf. Es ist ein giftiges Thema, aber es holt Wähler ab, es bringt sie auf, es treibt sie an die Urnen. Und es treibt die amerikanischen Muslime noch tiefer in die gesellschaftlichen Nischen.

„Der 11. September war ein Test der amerikanischen Werte im Angesicht einer Krise“, sagt Eric Vickers, einer ihrer Sprecher, „und wir haben den Test nicht bestanden.“

Vickers erlebte seinen 11. September in Washington. Er hatte, ausgerechnet am Tag der Anschläge, gemeinsam mit ande-

legen redeten, während die Sirenen heulten, über die Geschichte des Zweiten Weltkriegs, als nach der Bombardierung von Pearl Harbour die Japaner in den USA in Internierungslager gesteckt wurden, in „concentration camps“, sagt Vickers. Wenn die Serie der Anschläge weitergegangen wäre noch nach dem 11. September, wenn es noch mehr Morde gegeben hätte, sagt er, „dann hätten wir hier Konzentrationslager für Muslime gehabt, daran habe ich keine großen Zweifel“.

Das Treffen mit Bush kam zwei Wochen später doch zustande. Der Präsident saß vor allem da und hörte zu, erzählt Vickers, es kam ihm so vor, als stünde Bush noch immer unter Schock. Den muslimischen Führern Amerikas wurde versprochen, dass niemand in der Regierung die Absicht habe, Islam und Extremismus irgendwie leichtfertig zu vermischen. Und wirklich besuchte Bush bald eine Moschee und nannte den Islam eine Religion des Friedens, was mehr war, als von ihm zu erwarten gewesen wäre.

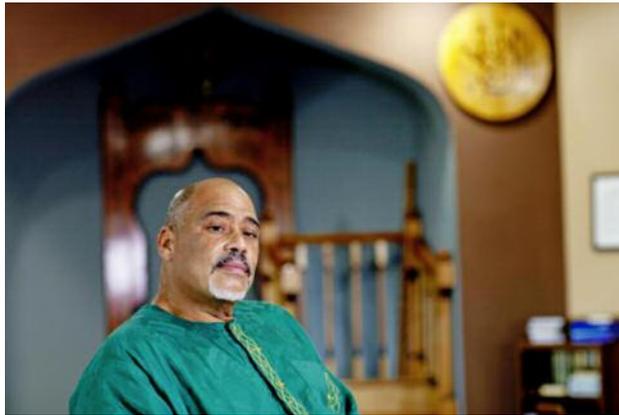
„Die Amerikaner differenzieren nicht“, sagt Vickers in einem räumigen Büro des Rathauses von East St. Louis, der armen Nachbarstadt von St. Louis am anderen Ufer des Mississippi. Er ist ein enger Berater des Bürgermeisters, obwohl oder weil er ein Vorstrafenregister als Menschenrechtsaktivist hat. 1999 organisierte er eine spektakuläre Autobahnblockade, weil die Bauunternehmen keine schwarzen Arbeiter einstellten, und es war nicht das einzige Mal, dass er im Gefängnis landete, weil er für den Traum von Martin Luther King kämpfte, der, sagt er, „nie in Erfüllung ging“.

Vickers wurde 1953 geboren, „als zweitklassiger Bürger“, sagt er. St. Louis war damals noch eine Stadt, in der die Rassentrennung Gesetz war, und Vickers hatte die falsche Hautfarbe. Be-gab war er, und beharrlich biss

er sich durch, studierte Jura an der renommierten Law School von Virginia, wo Robert Kennedy junior ein Studienfreund war.

Von hier aus hätte sein Weg an die Wall Street führen können oder in eine große Kanzlei, aber Vickers zog es vor, Lehrer zu werden, später Anwalt, und irgendwo auf seinem Weg konvertierte er zum Islam. Viele Schwarze in Amerika beten zu Allah, nicht nur weil Malcolm X einst diese Richtung einschlug. Der Koran gibt Kraft, sagt Vickers.

Und der Islam in Amerika war, am 11. September 2001, eigentlich auf gutem



Muslimsprecher Vickers: Treffen mit Präsident Bush



Autorin Gabriel: Amerika ist unterwandert

ren muslimischen Funktionären am Vormittag einen Termin beim Präsidenten im Weißen Haus. Die Delegation saß noch beim Frühstück im Washington Plaza Hotel, als die Endlosschleife der katastrophalen Fernsehbilder begann und das Hotel erst versiegelt, dann evakuiert wurde. Vickers erinnert sich daran, wie die Polizei die Leute zu Fuß über die Mall trieb, und daran, dass er eine Woche in Washington festsaß und nur einen Anzug dabei hatte.

Niemand, sagt Vickers, hatte damals größere Angst vor weiteren Anschlägen als Amerikas Muslime. Er und seine Kol-

Weg. Muslime wurden nicht als Gefahr empfunden damals, sagt Vickers, die Leute konnten unterscheiden zwischen Osama Bin Laden und ihrem Doktor im Krankenhaus, der aus Iran eingewandert war oder aus Indonesien.

Die zweieinhalb Millionen amerikanischen Muslime wurden jedenfalls fraglos als Amerikaner akzeptiert oder einfach ignoriert, und die politischen Parteien begannen, sich ein wenig für die Minderheit und ihre Wählerstimmen zu interessieren.

Dann flogen die Maschinen in die Zwillingstürme, und alles brach zusammen. Seine Erfahrung als schwarzer Bürgerrechtler habe ihn gelehrt, sagt er, dass in Amerika nur Stärke zählt und nur Respekt bekommt, wer sich ihn verdient, „wer vorwärts geht, wer sich meldet“. Die muslimischen Gemeinden und Organisationen hätten sich nach 9/11 und auch im Zuge der Afghanistan- und Irak-Kriege stattdessen schwach gezeigt.

Sie zogen sich zurück, sie traten leise, „sie wollten den amerikanischen Muster-schüler spielen“, sagt Vickers. Ihm wäre es lieber gewesen, sie hätten klar Position bezogen. Gegen den Irak-Krieg vor allem. Gegen immer neue Gesetze, die sich gezielt gegen Muslime und Einwanderer richteten. Gegen den Aufbau eines Polizeiapparats, der unter pauschaler Beru-

fung auf die nationale Sicherheit die Bürgerrechte beschädigt.

Er hätte sich auch eine Debatte darüber vorstellen können, warum Terroristen vornehmlich die USA attackieren. „Weil sie uns hassen?“, fragt Vickers. „Oder weil wir Kampftruppen in ihre Länder schicken? Oder weil sie davon hören, dass amerikanische Politiker Mekka bombardieren wollen? Dass ein Pastor in Florida öffentlich den Koran verbrennen lässt?“

Es ist ein paradoxer Befund und zu kompliziert für die grobschlächtigen Debatten in Amerika im Vorwahlkampf,

---

### **Der Dauerstress der Terrorabwehr nagt am ganzen Land.**

---

dass all jene, die so inbrünstig für die Sicherheit ihrer geliebten Nation kämpfen, das Land am Ende anfälliger machen für Angriffe.

Das dauernde Kriegsgeschrei der Konservativen, die Polemiken von Pamela Geller, von Brigitte Gabriel, die hemdsärmeligen Weisheiten republikanischer Politiker frustrieren die einheimischen Muslime, deren Herz ebenso laut für Amerika schlägt, und womöglich wecken sie erst den einen oder anderen terroristischen Schläfer, der nur auf letzte Be-

weise dafür gewartet hat, dass Amerika ein Feind des Islam ist.

Eine Billion Dollar, heißt es, eintausend Milliarden, hat der amerikanische Staat seit dem 11. September in die Terrorabwehr gesteckt, und in dieser Summe sind die Kosten für die Kriege im Irak und in Afghanistan noch nicht einmal enthalten. Polizeiapparate sind gewuchert, auf die Diktatoren neidisch wären. Ist das der Preis dafür, dass seither kein großer Anschlag ausgeführt werden konnte? Oder wäre es nicht möglich gewesen, die Hälfte dieses Geldes, 500 Milliarden Dollar, in Schulen zu investieren, in Kindergärten und Sportstadien und Spielplätze? Und wären das nicht auch Investitionen gewesen, die der Gefahrenabwehr dienen?

Die USA, das ist eine traurige Mitteilung, befinden sich seit zehn Jahren im Modus des Krieges. Im Land selbst, in New York, war davon die längste Zeit nicht weiter viel zu merken. Aber jetzt, seit einem Jahr, seit der falschen Debatte über ein angeblich falsches Islam-Zentrum, ist sichtbar geworden, wie der Dauerstress der Terrorabwehr am ganzen Land genagt hat. Wie Errungenschaften des Rechtsstaats preisgegeben wurden. Wie der Terror die Debatten regiert. Das Land braucht Frieden, zehn Jahre danach; er ist außer Sicht.